



Petition lanciert an der Generalversammlung von Glencore 2021 am 29. April 2021

Dringende Forderung nach tiefgreifenden Veränderungen des Verhaltens von Glencore bezüglich dem Einhalten von Menschenrechten und den Auswirkungen auf die Umwelt

Im Hinblick auf die Generalversammlung von Glencore vom 29. April 2021 haben wir diese Petition lanciert. Ivan Glasenberg übergibt den Konzern an seinen Nachfolger Gary Nagle. Dieser Generationswechsel lässt auf einige Veränderungen im Verhalten des Unternehmens hoffen. Glencore ist nach wie vor verantwortlich für Umweltschäden, Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen und die Zerstörung von Lebensgrundlagen. Wasser und Luft werden in der Demokratischen Republik Kongo (DRC), Sambia, Tschad, Peru und Kolumbien verschmutzt, Lebensgrundlagen werden in Peru, Kolumbien und Bolivien zerstört und Menschenrechte im Kongo, Peru und Kolumbien verletzt. Das sind einige Beispiele unter vielen mehr. Aus diesem Grund fordern wir echte Veränderungen im Verhalten des Unternehmens bezüglich seiner Menschenrechtspolitik, Transparenz und Konsultation, eine strenge Umweltschutzpolitik und eine faire Beschäftigungs- und Gewerkschaftspolitik. Um dieser Petition Nachdruck zu verleihen, sammeln wir so viele Unterschriften wie möglich von Organisationen und Einzelpersonen.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen und Einzelpersonen, stellen die folgenden Forderungen an Glencore.

Hauptforderungen

- Menschenrechtspolitik: Offenlegung aller menschenrechtlicher Folgeabschätzungen und der darauf basierenden Aktionsplänen sowie der menschenrechtlichen Ausgangslage und der Kriterien zur Messung von Verbesserungen
- Transparenz über Strategien, Pläne und Auswirkungen auf benachbarte und betroffene Gemeinschaften, Stakeholder und Arbeiter*innen sowie direkter und offener Austausch mit den Gemeinschaften über ihre Bedürfnisse und Anliegen
- Strenge Umweltschutzrichtlinien und -massnahmen, Staubkontrollen, effizientes Wassermanagement, einschliesslich des Ausschlusses von Abwassereinleitungen in Flüsse und umliegende Gebiete, keine Flussumleitungen, keine Verschmutzung und kein Austrocknen von Wasserquellen
- Durchsetzung von Umweltkontrollen, um die fortlaufende Verschmutzung von Luft und Boden zu stoppen, und angemessene Sanierung von schädlichen Auswirkungen
- Umsetzung menschenzentrierter Strategien, um unfreiwillige Umsiedlungen und Vertreibungen ganzer Gemeinden für den Ausbau zu stoppen
- Echte Prozesse der freien, vorherigen und informierten Zustimmung bei allen Bergbauprojekten, die indigene Gemeinschaften betreffen, die transparente und wahrheitsgemässe Informationen über alle Auswirkungen gewähren und die Entscheidungen der betroffenen Gemeinschaften vollständig respektieren

- Faire, nicht-diskriminierende, nicht-prekäre und sichere Arbeitsbedingungen, einschliesslich bessere Löhne, Verschärfung der Sicherheitsmassnahmen, Stärkung der Rechte der Gewerkschaften und Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Leistungen
- Priorisierung von Abhilfemassnahmen, Wahrheitsfindung, Reparationszahlungen und Wiedergutmachung für die von Umweltschäden und groben Menschenrechtsverletzungen betroffenen Gemeinden

Beispiele für Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung, die unseren Forderungen zugrunde liegen

Auswirkungen auf natürliche Ressourcen, insbesondere Wasser

Wasserverschmutzung und -knappheit

Kolumbien: Verschmutzung von Grund- und Oberflächenwasser in Kolumbien durch die Kohletagebauten Prodeco und Cerrejón mit verschiedenen Schwermetallen. Kohlenstaub, der Oberflächengewässer bedeckt, Auswaschung von giftigen Elementen aus Abraumhalden und Rückhaltebecken, die in die Flüsse fliessen; Glencore hat mehrere Flüsse umgeleitet, von denen viele ausgetrocknet sind; der Bergbau hat auch den Grundwasserspiegel beeinflusst und Quellen und Jagueyes (Teiche) ausgetrocknet.

Peru: Hohe Konzentrationen von Mineralien und toxischen Schwermetallen in Flüssen im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Bergbauprojekte Tintaya und Antapaccay, die Glencore gehören. Bis heute gibt es etwa 1621 bestätigte Fälle von Menschen, die an toxischen Metallvergiftungen erkrankt sind; alle leben in der Nähe von den Quellen der Flüsse Salado und Cañipía, nahe der Bergbaugebiete. Es gibt auch fünf registrierte Fälle von Menschen, bei denen toxische Metalle im Blut gefunden wurden, die in der Nähe des neuen Coroccohuayco-Projekts leben, das sich in der Explorationsphase befindet.

Das Unternehmen hat kaum etwas unternommen, um die betroffenen Gemeinden über die negativen Auswirkungen seiner Explorations- und Abbautätigkeiten angemessen zu informieren. Es hat auch keine Quelle für sauberes Wasser zur Verfügung gestellt, wie es zuvor zugesichert hatte.

2017 kaufte Glencore eine Mehrheitsbeteiligung an der Mine Cerro de Pasco. 78% der untersuchten Kinder weisen Symptome einer Schwermetallvergiftung auf, darunter chronische Magen-Darm-Erkrankungen, verminderte Sehkraft, Depressionen und andere Verhaltensstörungen. Bei den Erwachsenen gibt es hohe Raten an Lungenkrebs, Magenkrebs, Depressionen und Selbstmord. Laut dem Center for Climate Crime Analysis sind die Schwermetallvergiftungen direkt auf die Bergbauaktivitäten zurückzuführen.

Bolivien: Die Porco-Mine von Glencore in Potosí verseucht den Fluss Agua Castilla. In Wasserproben wurden hohe Zink-, Eisen- und Manganwerte nachgewiesen, die bis zu 30, 50 Mal oder noch mehr über den gesetzlichen Genehmigungen lagen. Dieser hohe Verschmutzungsgrad kann die Gesundheit der Menschen, die dieses Wasser trinken, ernsthaft beeinträchtigen. Er kann unter anderem Schäden an lebenswichtigen Organen und kognitive Probleme hervorrufen. Die Wasserverschmutzung wirkt sich auch negativ auf die landwirtschaftliche Produktion der Region aus.

Kongo (DRC): Säure- und Abwassereinläufe in Flüsse, Verschütten von Säure auf Strassen, in Flüssen und auf landwirtschaftlichen Flächen, einschliesslich tödlicher Zwischenfälle.

Sambia: Grund- und Leitungswasser wurde mit Schwermetallen in Kankoyo, einer Gemeinde im Bezirk Mufulira, kontaminiert. Wasserproben weisen besonders hohe Werte an Cadmium und Blei auf. Für die Haushalte in Kankoyo ist das Wasser nicht mehr als Trinkwasser geeignet. Im Jahr 2008 gelangte durch [eine defekte Pumpe](#) so viel Schwefelsäure in die Wasserversorgung der umliegenden Dörfer, dass über 1.000 Bewohner wegen schwerem Erbrechen, Durchfall und Bauchschmerzen behandelt werden mussten.

Tschad: Im September 2018 stürzte in der Badila-Konzession im Tschad ein Rückhaltebecken ein und es ergoss sich das Äquivalent von 84 olympischen Becken an Abwasser in den örtlichen Fluss, der von Tausenden von Anwohner*innen zum täglichen Konsum genutzt wird. In den darauffolgenden Wochen klagten Dutzende Anwohner*innen über Verbrennungen, Hautausschläge, Pusteln und den plötzlichen Tod ihres Viehs, das aus dem Fluss getrunken hatte. Der Fall wurde an die Nationale Kontaktstelle der OECD herangetragen. Die Gemeinde fordert, dass Glencore die negativen Auswirkungen des Lecks angemessen untersuchen und beheben sollen, was ihrer Meinung nach nicht geschehen ist. Im Juli 2020 lief zudem aus einer Senkgrube Rohöl in die Brunnen der Gemeinden und hinderte die Bewohner*innen wochenlang daran, trinkbares und sicheres Wasser zu erhalten. Weder Glencore noch ihre Tochtergesellschaft hat Abhilfe geschaffen.

Staub, Feinstaub, Gasemissionen

Kolumbien: Die Kohletagebauten emittieren grosse Mengen an schwermetallhaltige Kohlepartikeln und Feinstaub, auch der Abbaubetrieb und der Kohletransport erzeugen viel Staub. Der Wind transportiert diese (feinen) Staubpartikel über grosse Entfernungen, was sich auf die Gesundheit von Anwohner*innen und Tieren auswirkt und das Wachstum von Pflanzen beeinträchtigt.

Sambia: Schwefeldioxidgas wird in die Luft ausgestossen und sickert in den Boden und in Gebäudestrukturen. Als Folge davon bekommen die meisten Häuser in Kankoyo und deren Nachbarschaft Risse, wodurch die Strukturen unsicher werden. Dazu kommt, dass jegliche Form der Landwirtschaft durch die Emissionen unmöglich gemacht wird, da die Emissionen sauren Regen erzeugen und den Boden verseuchen.

Kongo (DRC): Rund um die KCC-Konzession, inmitten des Kupfer-Kobalt-Gürtels, fällt das Atmen schwer. Wissenschaftliche Untersuchungen weisen auf einen Anstieg von Schwermetallpartikeln in der Luft und im Staub, die negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben können.

Verschüttungen und Unfälle

Kongo: 2019 kollidierte ein Lkw, der Schwefelsäure für die Mutanda-Mine von Glencore in der Demokratischen Republik Kongo transportierte, mit zwei anderen Fahrzeugen und tötete dabei 18 Menschen. Nur 4 Monate später wurden in der benachbarten Katanga-Mine von Glencore 41 Bergleute als ein Teil der Mine einstürzte, getötet. Am 16. März 2021 kam es in der Kamoto Copper Company (KCC) Mine von Glencore im Kongo bei Wartungsarbeiten zu einem Austritt von Schwefelsäure aus einem Tank. Glencore gab nicht öffentlich bekannt wie viel Säure aus dem Tank verschüttet wurde, sagte aber, dass KCC das Verschüttete sofort eindämmte und eine Nachkontrolle der Umgebung durchführte, und dass es keine Verletzungen bei der Belegschaft oder den Auftragnehmern gab.

Tschad: Im September 2018 kollabierte ein Abwasserbecken, das ein Rohöl-Nebenprodukt enthielt, im Betrieb von Glencore UK in Badila im Süden des [Tschad](#). Etwa 85 Mio. Liter Abwasser - das entspricht dem Volumen von 34 Schwimmbecken in Olympiagrösse - überfluteten Felder und den örtlichen Fluss, den die Anwohner zum Trinken, Baden und Waschen nutzen. Mindestens 50 Menschen berichteten von Verbrennungen, Hautverletzungen, Krankheiten und Durchfall, nachdem sie in den Wochen nach dem Leck im verseuchten Flusswasser gebadet oder es für den Haushalt genutzt hatten. Viele der

Geschädigten waren Kinder, von denen einige ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Auch das Vieh, das aus dem Fluss trank, verendete, so die Kläger.

Beeinträchtigte Lebensgrundlagen, Landstreitigkeiten

Kolumbien: Durch die Minen wurden grosse Landflächen privatisiert, die zuvor von den Dorfbewohnern genutzt wurden. Heute wird den lokalen Bewohner*innen oftmals den Zugang zu den Flüssen, Wäldern, Weiden und dem ehemaligen Gemeindeland verwehrt. Die Menschen verlieren so ihre Lebensgrundlage. Durch den Ausbau der Minen und den Umweltverschmutzungen kommt es zudem zu Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen

Peru: Am 3. April 2018 begannen etwa 40 Angehörige der Nationalpolizei PNP und Mitarbeiter des Bergbauunternehmens Antapaccay von Glencore in der Gemeinde Alto Huarca, Espinar - Cusco, Land abzutragen, um den Lauf des Jutumayo-Flusses umzuleiten. Dabei kam es zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit der lokalen Bevölkerung, als diese versuchte ihr Territorium zu verteidigen. Mehrere Menschen wurden verletzt, Frauen wurden geschlagen und misshandelt. Drei Frauen wurden sogar schwer verletzt, nachdem sie von der Polizei und dem Sicherheitspersonal des Bergbauunternehmens beleidigt, geschlagen und gestossen wurden. Die Betroffenen sehen sich als Eigentümer des Cetu-Grundstücks, in der Kleinbauerngemeinschaft Alto Huarca, und als solche sollte ihr Besitz und ihr Zugang zu Wasser respektiert werden. Das Bergbauunternehmen will das Wasser, das für die Ernährung/Landwirtschaft der Menschen und für die Tiere essentiell ist, in seinen Besitz bringen.

Sambia: Nutzungsbeschränkungen für das Surface Mine Land im beanspruchten Mutundu Farm Block weit entfernt von der Minenanlage. Die Rehabilitierung der Tailing Dam Facility No.11 darf die Gemeinschaft während des Abstützungprozesses nicht stören.

Menschenrechte

In **Kolumbien** werden Bergbauunternehmen, darunter auch Glencore, beschuldigt, mit paramilitärischen Kräften zusammengearbeitet zu haben. Zudem gibt es Vereinbarungen mit staatlichen Sicherheitskräften, die für die Sicherheit in den Minen sorgen. Armee und Polizei stehen den lokalen Gemeinschaften häufig feindlich gegenüber. Proteste werden gewaltsam unterdrückt. Viele Anti-Bergbau-Aktivist*innen sind dabei ernsthaften Morddrohungen und bewaffneten Angriffen ausgesetzt. In den letzten Jahren kam es zu mehreren Morden an sozialen Führungspersonen und Gewerkschaftern. Obwohl Glencore Prodeco behauptet, eine Sorgfaltsprüfung durchzuführen und über eine umfassende Menschenrechtspolitik zu verfügen, gibt es in den fast zwei Jahren seit der Durchführung der menschenrechtlichen Folgeabschätzung (HRIA) keine Angaben zum durchgeführten HRIA und zum Aktionsplan für Menschenrechte.

Bis heute gibt es in Kolumbien keinen wirklichen FPIC-Prozess (Free Prior Informed Consent) mit der indigenen Bevölkerung der Yukpa und Wayuu über die Bergbauprojekte, die ihre Kultur und ihr Territorium schädigen. Häufig kommt es zu Repression gegen friedliche Proteste durch die Aufstandsbekämpfungspolizei ESMAD und zu Todesdrohungen gegen Bergbaueegner und soziale Führungspersonen. Gemeinschaften werden gespalten und soziale Netzwerke durch Druck, Geld und soziale Projekte, die den Menschen zu Gunsten der Mine angeboten werden, geschwächt. Die Zerstörung der Lebensgrundlagen beeinträchtigt das Recht auf Nahrung, Zugang zu Wasser, Wohnraum etc. Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen verletzen zudem eine Vielzahl von Menschenrechten, darunter das Recht auf Teilhabe, das Recht auf angemessenen Wohnraum, das Recht auf Arbeit und das Recht auf eine gesunde Umwelt.

Kongo (DRC): In Glencores Betrieben in KCC und MUMI ist das Verhalten der Sicherheitsteams besorgniserregend. Eric Mutombo Kasuyi, 23, starb am 15. Februar 2014, kurz nachdem er von einer KCC-Sicherheitspatrouille festgenommen worden war. Medizinische Befunde bestätigten, dass er nicht, wie von der Firma behauptet, eines natürlichen Todes starb, sondern an inneren Verletzungen, die er sich etwa zum Zeitpunkt seiner Festnahme zugezogen hatte.

Umsiedlung der Musonoï-Bewohner*innen: Die Sprengungen in der T17-Mine von KCC finden seit Jahren in der Nähe der Häuser der Anwohner statt und machen ihnen das Leben zur Qual. Bevor die Sprengungen und Bohrungen an der T17-Mine begannen, hätten die Menschen, die am nächsten an der Grube wohnen, zum Schutz ihrer Gesundheit und Sicherheit umgesiedelt werden müssen, wie von Glencores eigenen Beratern empfohlen. Abgesehen von dem schwerwiegenden Problem des Staubs und des Mangels an sauberem Wasser haben viele der Häuser strukturelle Schäden erlitten und einige sind infolge der Sprengungen sogar eingestürzt. Glencore behauptet in seiner Stellungnahme vom Juni 2014, den Umsiedlungsaktionsplan für Musonoï aus dem Jahr 2009 nicht veröffentlicht zu haben, um "keine Verwirrung" und Unruhe unter den Bewohner*innen zu stiften. Heute überdenkt das Unternehmen seine Projekte und sagt, dass es nun beabsichtigt, eine unterirdische Mine zu errichten. Laut dem Unternehmen bedeutet diese neue Option, dass keine Häuser in Musonoï abgerissen und keine Bewohner*innen umgesiedelt werden müssen. Doch das ist unaufrichtig: Die Frage, die Glencore völlig ausblendet, ist, warum KCC die Familien, die am nächsten an der Mine wohnen, nicht bereits umgesiedelt hat. Glencore scheint zu versuchen, sich der Verantwortung für die Wiedergutmachung der vergangenen Auswirkungen von KCC und der jahrelangen Umwälzungen und Störungen zu entziehen, die seine Bergbauaktivitäten den Menschen in Musonoï bereits zugefügt haben. KCC behauptet nun, die Auswirkungen der geplanten Untertagemine in ihrer neuen Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung zu bewerten, aber zu keinem Zeitpunkt wurde die betroffene Bevölkerung, die Bewohner des Townships, darüber informiert, geschweige denn konsultiert. Dieser Mangel an Transparenz und Dialog mit den Gemeinden, deren Zukunft auf dem Spiel steht, steht nicht nur im Widerspruch zu kongolesischem Recht (das Konsultationen während und nicht nach dem UVP-Prozess vorschreibt), sondern auch zu internationalen Menschenrechtsstandards, an die sich Glencore angeblich hält.

Peru: Die Frage von Verträgen zwischen privaten Unternehmen und der Polizei, damit letztere private Sicherheitsdienste bereitstellt, gibt seit mehreren Jahren Anlass zu grosser Sorge, insbesondere im Hinblick auf die Bewältigung von Protesten und die Rolle der Polizei beim Schutz privater Interessen, anstatt die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Im Jahr 2012 zeigten gewaltsame Konfrontationen zwischen Sicherheitskräften und Gemeinden rund um die Tintaya-Mine dies sehr deutlich, nachdem zwei Demonstranten getötet und viele von ihnen schwer verletzt worden waren. Andere wurden unrechtmässig inhaftiert. Untersuchungen zu den Vorwürfen der exzessiven Gewaltanwendung durch die Polizei haben zu keinem Ergebnis geführt. Stattdessen wurden verschiedene Menschenrechtsaktivisten und Anführer, die an den Protesten gegen den Bergbau teilgenommen haben, selbst angeklagt. Einige mussten sich langwierigen Gerichtsverfahren stellen, bis sie schliesslich aus Mangel an Beweisen eingestellt wurden.

Die jüngsten Konflikte in Espinar fanden zwischen Juli und August 2020 statt. Zusätzlich zu ihren Gesundheits- und Umweltforderungen forderte die Bevölkerung eine einmalige Zahlung von 1000 Soles (ca. 265 \$) aus den Mitteln des sogenannten "Rahmenabkommens" (nach dem 3% der Gewinne des Bergbauunternehmens an die Provinz gehen), um die wirtschaftliche Krise infolge der Pandemie zu lindern. Angesichts der Weigerung des Unternehmens ging die Bevölkerung auf die Strasse, um zu protestieren und wurde von der Polizei brutal unterdrückt. Der nationale Menschenrechtskoordinator Perus berichtete von Menschenrechtsverletzungen, Misshandlungen und Folterungen der Bevölkerung durch die Polizei.

Der Konsultationsprozess um das Corocochuayco-Projekt hat begonnen. Nur 11 Gemeinden haben zugestimmt, mit den Konsultationen zu beginnen, und auch nur dann, wenn das Unternehmen einen Prozess der Wiedergutmachung für die durch das Minenprojekt Antapaccay verursachten Schäden einleitet. Zwei weitere Gemeinden haben sich geweigert, eine Konsultation zu beginnen, weil sie verlangen, zu den negativen Auswirkungen des Projekts befragt zu werden.

Es gibt 8 Gemeinden, die nur 8 Kilometer von der Minenanlage entfernt leben, aber nicht als im direkten Einflussbereich liegend anerkannt werden. Das Unternehmen und der Staat haben ihre Bitte, in den Konsultationsprozess einbezogen zu werden, abgelehnt.

Bolivien: Die Betriebe von Glencore in Bolivien werden von den Bergbauunternehmen Sinchi Wayra und Illapa geleitet. Zusammen kontrollieren sie die Zinn-, Zink-, Silber- und Bleimineralaktivitäten in den Departements Oruro und Potosí. Eine wichtige Angelegenheit in Bolivien ist die Existenz sogenannter "Bergbaukooperativen", eine Form von Bergarbeitergesellschaften, die die legale Erlaubnis haben, Bergbauressourcen auszubeuten, oft mit wenig Aufsicht durch den Staat. Illapa, im Besitz von Glencore, hat de facto die Kontrolle darüber, wo die Bergbaukooperativen auf ihrem Betrieb in der Porco-Mine arbeiten können.

Im November 2020 veröffentlichte eine Schweizer NGO einen Bericht, der die prekäre und riskante Art und Weise beschreibt, in der Bergbaukooperativen Zink, Blei und Silber aus der Porco-Mine in Potosí abbauen. Ein Teil davon wird anschliessend an Illapa verkauft. Es ist bekannt, dass bei diesem Betrieb häufig Kinder- und Jugendarbeit eingesetzt wird, was in dem Land gesetzlich nicht erlaubt ist und gegen alle Kinderrechte verstösst.

Sambia: Forderungen nach Umsiedlung von Gemeinden, die an die Mopani-Mine angrenzen, wurden nicht umgesetzt. Das Recht auf Gesundheit wird nicht erfüllt.

Gesundheit

In **Kolumbien** sind Atemwegs- und Hautkrankheiten in den Gemeinden, die am nächsten zu den Minen wohnen, weit verbreitet: Die Menschen haben eine ständige Grippe, Darmprobleme aufgrund von verunreinigtem Wasser und Luftverschmutzung/Feinstaub; der schwermetallhaltige Feinstaub kann Krebs und bei Kindern Missbildungen verursachen. Minenarbeiter leiden an Problemen der Wirbelsäule und Pneumokoniose.

Peru: Vergiftung mit Schwermetallen (wie oben)

Sambia: Atemwegsinfektionen und Blutvergiftungen sind in den Gemeinden, die an die Mopani-Mine angrenzen, als Folge der Schwefeldioxid-Emissionen weit verbreitet. So starb z.B. die ehemalige Bezirkskommissarin Beatrice Mithi 2014 als Folge des Einatmens von giftigen Schwefeldioxid-Dämpfen, die von der Mopani-Mine produziert werden. Im Jahr 2020 hat der Oberste Gerichtshof von Sambia entschieden, dass Mopani haftbar ist und Wiedergutmachung an Mithi's Familie zahlen muss.

Rechte der Arbeiter*innen

Kolumbien: Cerrejón

Die Gewerkschaften des Unternehmens Cerrejón wehren sich gegen das anhaltende unfaire Verhalten von Cerrejón bei Tarifverhandlungen und die mangelnde Achtung und Umsetzung des Tarifvertrags durch das Cerrejón-Management. Glencore ist einer von drei Anteilseignern von Cerrejón und die Handlungen des Cerrejón-Managements erfolgen auf Anweisung und mit dem Segen dieser drei. Unter Verletzung des Tarifvertrags, der den Streik beendete, setzte Cerrejón weiterhin einen von der Gewerkschaft abgelehnten Schichtplan um und verkündete dabei die Absicht, die Beschäftigung von 450 Arbeitern einseitig zu beenden.

Kolumbien: Ci Prodeco SA und Sociedad Portuaria Puerto Nuevo SA

Glencore hat angekündigt, seine Bergbauverträge in Kolumbien an die kolumbianische Regierung zurückzugeben, nachdem man zu dem Schluss gekommen ist, dass der Betrieb von Prodeco nicht mehr rentabel ist. Die Entscheidung von Glencore folgt auf die Ablehnung des Antrags der Ci Prodeco SA und der Sociedad Portuaria Puerto Nuevo SA, beides Tochtergesellschaften von Glencore, durch die kolumbianische Regierung, den Betrieb in den Minen Calenturitas und Jagua für vier Jahre auszusetzen.

In einem einseitigen Schritt, ohne Rücksprache mit den Arbeiter*innen und ihren Gewerkschaften, treibt Glencore eine Entscheidung voran, die schwerwiegende Auswirkungen auf die Arbeiter, ihre Familien und die Gemeinden der Region haben wird. Die Aufhebung der meisten Verträge mit Vertragsfirmen durch die Prodeco-Gruppe hat bereits zur Entlassung von mehr als 2.500 ausgelagerten Arbeiter*innen geführt und ist ein Grund zur Sorge für die 1.200 bei Prodeco beschäftigten Arbeiter*innen.

Abgesehen davon, dass es keine Konsultationen über die Bedingungen der Entlassungen gab, hat Glencore erzwungene "freiwillige Entlassungen" durchgeführt. Das Unternehmen hat sich noch nicht einmal mit den Gewerkschaften und Gemeinden auf "gerechte Übergangsmassnahmen" eingelassen.

Peru

Arbeiter bei Los Quenuales traten in einen unbefristeten Streik aufgrund von Arbeitsrechtsverletzungen und Verstößen gegen COVID19 im Bereich Gesundheit und Sicherheit.

Es wurden Fälle von Arbeitsrechtsverletzungen in den Bergbaueinheiten Yauliyacu und Izcaycruz der Empresa Minera Los Quenuales S.A. gemeldet. Die Arbeiter berichteten über Verstöße gegen den am 2. Dezember 2020 abgeschlossenen Tarifvertrag. Die Gewerkschaft und Los Quenuales unterzeichneten einen Tarifvertrag, in dem sich das Unternehmen verpflichtete, ab dem 15. Januar 2021 die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit von 14 X 7 einzuhalten: Stattdessen beträgt der Arbeitstag durchschnittlich 8 Stunden pro Tag und 48 Stunden pro Woche.

Ausserdem hat Glencore einseitig einen neuen Schichtplan eingeführt, ohne sich mit der Gewerkschaft zu beraten.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sind für die Arbeiter*innen in den peruanischen Betrieben von Glencore zu einer dringenden Herausforderung geworden, insbesondere inmitten von COVID19. Verstöße gegen die bewährten Sicherheitsauflagen gegen COVID19 wurden von den Arbeiter*innen gemeldet. Die Arbeiter führen 7 Todesfälle und 700 infizierten Arbeiter zu Recht auf diese Verstöße zurück.

Chile

In Chile berichtete das Sindicato Único Altonorte, dass die Kupferhütte Altonorte im März 2020 die Entscheidung getroffen hat, etwa 100 gefährdete Mitarbeiter*innen vom Arbeitsplatz zu entfernen.

Diese Entscheidung war notwendig, um die Gesundheit der betroffenen Arbeiter zu schützen. Es war auch eine Massnahme, die das Unternehmen schützte, da die Einhaltung dieser Anforderung bedeutete, dass das Unternehmen weiterarbeiten konnte. Tatsächlich erzielte das Unternehmen im Jahr 2020 hervorragende Betriebsergebnisse und steigerte die Produktion im Vergleich zum Dezember des Vorjahres um 200 %.

Ab März erhielten die Arbeiter in dieser Zeit ihren Monatslohn sowie eine Erfolgsprämie. Allerdings hat das Unternehmen nun einseitig eine 50%ige Kürzung des Jahresbonus angekündigt, der Ende Januar fällig war. Dies geschah ohne Vorwarnung oder Konsultation. Die Gewerkschaft wies darauf hin, dass sich die Beziehung zum Unternehmen in den letzten

Jahren verschlechtert habe. Aus Protest gegen die Verletzung des Tarifvertrages und die Weigerung des Unternehmens, sich auf einen Dialog in gutem Glauben einzulassen, erklärte die Gewerkschaft eine Arbeitsunterbrechung in der Anlage.

Sambia

In Sambia hat sich Glencore von seiner Investition in die Mopani-Mine getrennt und seine Anteile an die sambische Regierung verkauft, die jedoch weiterhin der alleinige Käufer des Kupfers bleibt. Die Gewerkschaften in Sambia sind in einen Streik getreten, nachdem es keine Konsultationen mit der Gewerkschaft gegeben hat und die Massenentlassung von Subunternehmern sowie die Absicht, die Stammebelegschaft zu entlassen, bekannt wurden. Der Streik wurde durch das Eingreifen der Regierung und die Aufnahme eines Dialogs mit der Gewerkschaft beigelegt.

Bolivien

Illapa setzte zunächst Maschinen zum Abbau von Mineralien ein. Als dies jedoch nicht mehr rentabel war, traten die Kooperativen ein, um das Erz manuell abzubauen, oft auf eigenes Risiko, ohne Arbeits- oder Lebensversicherung. Berichte weisen darauf hin, dass Unfälle in der Mine sehr häufig vorkommen, besonders wenn die Mineralienpreise gut sind und somit mehr Arbeiter in die Minen kommen. Die Bilanz der letzten vier Jahre liegt bei durchschnittlich 20 getöteten Minenarbeiter*innen pro Jahr, darunter auch einige Minderjährige. Es ist ein Arrangement, das in fundierten Untersuchungen als einseitig eingestuft wurde, weil es Glencore von seiner Arbeits- und Umweltverantwortung befreit, die an die Bergbaukooperativen ausgelagert wird.